

Tagungsunterlagen II

Weitere Anträge und Vorlagen zum
Landesparteitag
am 9. Dezember 2023 in Landau (Pfalz)

Weitere Organisatorische Hinweise zur Versammlung

1) **Verpflegung und Getränke**

Das Mitbringen von Getränken und Essen ist in der Halle erlaubt. Eine Versorgung mit einer Bestellmöglichkeit wird zur Verfügung gestellt und eine Abfrage den Delegierten übermittelt.

Einige Einkaufsmöglichkeiten sind mit kurzem Fußweg erreichbar.

2) **Kinderbetreuung**

Gemäß des Beschlusses des Frauenplenums konnten wir in Zusammenarbeit mit dem KV Landau / Südliche Weinstr. eine Kinderbetreuung vor Ort organisieren. Bitte meldet im Vorfeld des Parteitages euren Bedarf mit Anzahl und Alter des Kindes / der Kinder zur besseren Planung an. Eine spontane Betreuung kann nicht realisiert werden. Bitte wendet euch an

parteitag@die-linke-rlp.de.

3) **Freies WLAN**

Aufgrund des Livestreams der Veranstaltung können wir euch keinen Zugang zum WLAN zusichern. Bitte bereitet euch also darauf vor, dass in der Halle höchstwahrscheinlich kein Internet zur Verfügung stehen wird.

4) **Livestream und Fotos**

Die Versammlung wird via Livestream übertragen und auch über Fotos dokumentiert; was auch bedeutet, dass ihr auf dem ein oder anderen Bild zu erkennen seien werdet. Solltet ihr dem nicht zustimmen wollen, meldet euch wenn möglich im Vorfeld, damit wir euch während der Tagung des Parteitages kenntlich machen können.

5) **Sitzplätze für Delegierte**

Die Delegierten bekommen Sitzplätze nach Kreisverbänden geordnet zugewiesen.

6) **Teilnahme von Gästen**

Für eine bessere Planung möchten wir alle Interessierte* bitten, sich im Vorfeld als Gast anzumelden. Bitte wendet euch hierzu an

parteitag@die-linke-rlp.de

7) **Weitere Unterlagen zur Versammlung**

Sofern es weitere Unterlagen / Kandidaturen oder Veränderungen geben sollte, findet ihr diese auf der Landeshomepage unter:

<http://www.dielinke-rhlp.de/partei/parteitag/>

Bei weiteren Fragen oder Anregungen könnt ihr euch gerne an die Landesgeschäftsstelle wenden: lgs@die-linke-rlp.de

O-Anträge

Anträge zur Organisation des Parteitages
und zu weiteren organisatorischen Fragestellungen

O-03

Gremienbesetzung – Aktualisierte Fassung 09. Dezember 2023 in Landau

Antragsteller*in: Landesvorstand

Tagungsleitung

Theresia Görgen, SV Trier

Milena Mess, SV Trier

Dave Koch, KV Bernkastel-Wittlich

Tupac Orellana, KV Mainz / Mainz-Bingen

Protokoll

Denis Jundt, Landesgeschäftsstelle

Mandatsprüfungskommission

Daniel Emmerich, KV Landau / Süw

Marion Morassi, KV Ahrweiler

Wahl- und Zählkommission

Lena Edel, SV Kaiserslautern

Johann Everding, KV Mainz / Mainz-Bingen

Nico Buldau, KV Mainz / Mainz-Bingen

Sabine Nixon, KV Kaiserslautern Stadt

Michael Plum, KV Landau / Südliche Weinstr.

4x offen

Antragsberatungskommission

Manuel Lautenbacher, KV Mainz / Mainz-Bingen

Tobias Schreiner, KV Landau / Süw

Awareness-Team

Kim Mai, KV Speyer

Carlotta Stahl, KV Mainz / Mainz-Bingen

Es begrüßen euch...

An der Anmeldung

Max Kruft, KV Landau / Südliche Weinstr.

3x Offen

Kinderbetreuung

Simon Fischbach

P-Anträge

Politische Anträge und Resolutionen zum Landesparteitag.

P-05 – Initiativ-Antrag

Unterstützung der Resolution „Wir empören uns!“

Antragsteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag sendet ein deutliches Signal für die Rechte von geflüchteten Menschen und gegen den Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft.

Aus diesem Grund unterstützt die Landespartei die Resolution des Flüchtlingsrats RLP e.V. und sagt ebenfalls ES REICHT!

Die komplette Resolution ist einsehbar unter:

<https://fluechtlingsrat-rlp.de/wir-empoenen-uns>

Begründung: Die Resolution wurde nach dem Antragsschluss veröffentlicht. Trotzdem ist es wichtig, dass wir ein klares Signal zur Unterstützung der Geflüchteten und des Flüchtlingsrates senden.

P-01 – Ä03

Ersetzungsantrag Zeile 136

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

- In Zeile 136 soll es heißen: „Verpflichtende Schulbesuche zu den ehemaligen Konzentrationslagern und anderen Erinnerungsstätten“.

Begründung: Dort befinden sich keine Konzentrationslager mehr, sondern Erinnerungsstätten an die ehemaligen Konzentrationslager.

P-01 – Ä04

Ersetzungsantrag Zeile 172-173

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

- „Wir fordern deshalb die Abschaffung des Pflege-Notstands“.

Begründung: Nicht jeder weiß, dass eine Vereinigung „Pflege-Notstand“ existiert (die übrigens auch anders heißt). Um Missverständnisse vorzubeugen ist eine eindeutige Formulierung nötig.

P-01 – Ä05

Streichung Zeile 195

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

- Zeile 195 entweder streichen oder genauer formulieren, erläutern, welche Hürden bei Umzügen in Dörfern konkret (angeblich oder real) bestehen.

P-01 – Ä06

Ersetzungsantrag Zeile 222

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

- „Chancengleichheit herstellen – inklusive Schulen. Diesen Satz streichen und dafür schreiben: „Chancengleichheit herstellen. Wir fordern Inklusion in den Schulen“.

P-01 – Ä07

Ersetzungsantrag Zeile 227-228

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

- „(...) die unabhängige Lehre und Forschung und das Werbeverbot für militärische und privatwirtschaftliche Organisationen in Schulen und Universitäten“

P-01 – Ä08

Ersetzungsantrag Zeile 233

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

- „So darf es nicht bleiben.“

Begründung: Die defensive und einschränkende Formulierung „unserer Ansicht nach“ sollte gestrichen werden. Stattdessen sollten wir selbstbewusst, demnach nicht defensiv und nicht bescheiden, formulieren.

P-01 – Ä09

Ersetzungsantrag Zeile 274-281

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

komplett streichen (wegen Formulierungsfehler), und stattdessen schreiben:

- „Dem sich verschlimmernden Rechtsruck in Deutschland und in Europa muss ein konsequenter Antifaschismus entgegengesetzt werden. Wir, DIE LINKE, verstehen uns nicht nur als aktive Kraft gegen Rechts, sondern auch als verlängerter Arm von örtlichen und regionalen antifaschistischen Strukturen in den Räten und Parlamenten. Neben der wichtigen antifaschistischen und antirassistischen Arbeit im Internet, bestärken wir hier die Tradition, dass Faschismus und Rassismus auf allen Ebenen bekämpft werden muss.“

P-01 – Ä10

Ersetzungsantrag Zeile 299

Antragsteller*in: Wolfgang Huste

Neu:

„Schutz aller vulnerablen Gruppen gegen Hetze“ durch den Satz:

- „Wir fordern deshalb den Schutz aller Menschen, die nicht in der Lage sind, die verbalen und körperlichen Angriffe seitens Rechtsradikaler, Rassisten und anderer Menschenfeinde aus eigener Kraft zu bewältigen, und daher unter diesen Angriffen besonders leiden.“ Begründung: „Wir sollten einfach, barrierefrei, formulieren. Nicht jeder weiß, was man unter „vulnerablen Gruppen“ versteht.“

P-01 – Ä11

Ersetzungsantrag Zeile 14-16

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

der Satz: "Soziale Investitionen müssen als Stärkung für die Zukunft angesehen werden und ein emanzipatorisches Erstreiten mit den Aufsichtsbehörden, wie die ADD, gezielt angegangen werden."

wird wie folgt umgeschrieben:

"Soziale Investitionen müssen als Stärkung für die Zukunft angesehen werden und ein emanzipatorisches Erstreiten **bei der Landesregierung und** den Aufsichtsbehörden, wie **der** ADD, gezielt angegangen werden.

Begründung: Die ADD ist lediglich ein ausführendes Organ der Landesregierung, das die von der Landesregierung beschlossenen Gesetze und Vorschriften durchsetzt. Deshalb muss die Landesregierung in erster Linie genannt werden.

P-01 – Ä12

Streichung Zeile 20-22

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

der Satz: "Wir Linke verweisen auch auf darauf , dass eine Erhöhung von beispielsweise Kitabeiträgen eine reale Lohnsenkung bedeutet."

wird ersatzlos gestrichen

Begründung: In RLP ist dieses Beispiel untauglich. Für alle Kinder ab 2 Jahre sind Kitaplätze frei von Beiträgen. Bei Kindern unter 2 Jahre besteht die Möglichkeit, dass bei sozial schwächer gestellten Familien das Jugendamt die Gebühren übernimmt.

P-01 – Ä13

Ersetzungsantrag Zeile 33-34

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

Die Forderung: "Ausweitung der sogenannten "freiwilligen Leistungen" für eine echte Armutsbekämpfung"
wird umgeändert in die Forderung: echte Armutsbekämpfung muss Pflichtaufgabe sein!

Begründung: Bei der eingegangenen Verpflichtung zu Sparhaushalten, werden die so genannten Freiwilligen Leistungen als erstes gestrichen. Armutsbekämpfung muss des halb eine Pflichtaufgabe von Gemeinden, Städten und Kreisen sein.

P-01 – Ä14

Ersetzungsantrag Zeile 89

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

die Forderung in Zeile 89 "die Einführung von bindender Sozialbauquote"
wird geändert in: die Einführung von dauerhaft bindender Sozialquote

Begründung: es soll unterstrichen werden, dass das Auslaufen der Sozialbindungen ein großer Fehler ist.

P-01 – Ä15

Ergänzungsantrag Zeile 91

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

Zwischen Zeile 91 und 92 wird eine weitere Forderung eingefügt:
die Entwicklung von Methoden um Leerstände zu vermeiden

Begründung: Vielerorts sind Leerstände ein großes Problem. Diese Gebäude müssen dem knappen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden.

P-01 – Ä16

Ergänzungsantrag Zeile 124

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

Zeile 124 Es wird eine weitere Forderung aufgenommen

Tempo 30 innerorts und Tempo 80 außerorts

Begründung: Diese alte und wichtige Forderung unserer Partei darf an dieser Stelle nicht fehlen! Sie ist das A und O zur Unfallvermeidung und sie dient nachgewiesenermaßen dem Umweltschutz.

P-01 – Ä17

Ersetzungsantrag Zeile 127-129

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

Zeile 127-129: Der Satz "Kaiserslautern, Ramstein, Büchel, Spangdahlem sind die großen Militärstandorte in Rheinland-Pfalz"

Wird wie folgt geändert: Kaiserslautern, Ramstein und Spangdahlem sind große US-Militärstützpunkte in Rheinlandpfalz. Auf dem deutschen Luftwaffenstützpunkt am Fliegerhorst Büchel finden sich im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-Atombomben. Zur Zeit wird dieser Fliegerhorst durch die Bundesregierung mit 1,1 Milliarden Euro für die neuen Atombomber ausgebaut.

Wir fordern deshalb:

Abzug und Vernichtung der Atomwaffen aus Büchel
Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag

Begründung: Da Büchel ein deutscher Militärstandort ist und kein US-Amerikanischer, sollten wir das bei der Aufzählung unterscheiden. Die deutsche Beteiligung an der nuklearen Bedrohung darf nicht unerwähnt bleiben. Die Militarisierung Deutschlands wird durch die Investition von 1,1 Milliarde Euro sehr drastisch deutlich.

P-01 – Ä18

Ersetzungsantrag Zeile 175

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

die Forderung "Keine weiteren Krankenhausschließungen"
wird gestrichen und durch folgende Forderung ersetzt:

„Kein weiteres Krankenhaus und keine weitere Krankenhausabteilung darf aus ökonomischen Gründen geschlossen werden. Maßstab muss eine Qualitätsverbesserung für Patienten und Personal sein.“

Begründung: Die Forderung in der Vorlage ist zu ungenau. Wir müssen zum Ausdruck bringen, welches Ziel wir in der Krankenhauspolitik verfolgen. Krankenhausplanung muss sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten und nicht nach ökonomischen Interessen der Gesundheitskonzerne.

P-01 – Ä19

Ersetzungsantrag Zeile 176

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:

die Forderung "Anreize für die Ansiedlung von Ärzt*innen auf Land"

wird gestrichen und durch folgende Forderung ersetzt:

„Wir fordern kommunale Behandlungszentren, in denen Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen gemeinsam mit anderen Therapeut*innen (Ergotherapie, Physiotherapie, Sozialarbeit und Kranken- und Altenpflege) die Bevölkerung im Ort oder im Stadtteil versorgen.

Der Übernahme von Kassensitzen durch private Gesundheitskonzerne darf nicht länger erlaubt werden!“

Begründung: Wir müssen die Kommunalisierung auch im ambulanten Bereich voranbringen. Forderungen, die die privatwirtschaftliche Organisation der ambulanten Medizin in Form von Kassensitzen, die dann auch noch von privaten Gesundheitskonzern aufgekauft werden, sollten wir deshalb nicht unterstützen.

P-01 – Ä20

Ersetzungsantrag Zeile 180

Antragsteller*in: Hildegard Slabik-Münter

Neu:
das Wort "bezahlen"

wird durch folgende Formulierung ersetzt:

erhalten eine Aufwandsentschädigung.

Begründung: Ein Ehrenamt ist ein Ehrenamt und kann nicht bezahlt werden!

Ersetzungsantrag der Kommunalen Eckpunkte

Antragsteller*in: Jan Imhof

Kommunalpolitische Eckpunkte

zur Kommunalwahl 2024

Präambel

Für **Die Linke Rheinland-Pfalz** sind die Kommunen die Keimzellen unsers gesellschaftlichen Zusammenlebens und Wirkens. In ihnen zeigen sich die konkreten Auswirkungen des politischen Handelns aller Ebenen. So wirken sich die politischen Entscheidungen auf Europäischer-, Bundes- und Landesebene bis in die Kommunen aus. Obwohl diese Entscheidungen im fernen Brüssel, Berlin oder Mainz getroffen wurden bilden sie den konkreten Rahmen für die Kommunalverwaltungen und die Bürger*innen vor Ort.

Umso wichtiger ist es diesen gesetzten Rahmen mit einem konsequent **sozialen, ökologischen** und **gerechten** Politikverständnis kraftvoll auszufüllen, um gemeinsam mit den Bürger*innen vor Ort lebenswerte und zukunftsfähige Kommunen zu gestalten. Eine gerechte Politik nimmt sowohl die sozialen wie ökologischen Aspekte in den Blick, um allen Menschen ohne Angst und Sorge den Wandel in die klimapositive Gesellschaft zu ermöglichen. Denn nur eine Politik die alle Menschen unserer Gesellschaft ernst- und mitnimmt kann zu diesem erfolgreichen Wandel beitragen.

Die nachfolgenden Punkte skizzieren dabei den gemeinsamen Handlungsrahmen **der Linken** Rheinland-Pfalz. Für uns ist Artikel 1 des Grundgesetzes handlungsleitend: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“*

Deswegen setzt sich **Die Linke Rheinland-Pfalz** aktiv für eine konsequente **soziale, ökologische** und **gerechte** Politik in den Kommunen vor Ort ein.

1. Für soziale Gerechtigkeit

Deutschland ist eins der reichsten Länder unserer Erde. Dieser Reichtum ist jedoch sehr ungleich verteilt. Nur noch wenige Menschen profitieren von diesem Reichtum. Für eine aktive Armutsbekämpfung muss die treibende Struktur des Kapitalismus auch auf kommunaler Ebene verstanden werden. Aus Angst Inverstoren oder ansässige Firmen zu vergraulen, sind die Kommunen diesen gegenüber immer wieder zu Zugeständnissen und Geschenke bereit. Als **Die Linke** glauben wir an starke Kommunen, die sich nicht einschüchtern lassen und die Interessen ihrer Einwohner*innen selbstbewusst gegenüber den Kapitaleigner*innen vertreten und diese in die Verantwortung nimmt.

Investitionen ins Soziale müssen als Stärkung für die Zukunft angesehen werden und deren emanzipatorisches Erstreiten mit den Aufsichtsbehörden, wie die ADD, gezielt angegangen werden. Das gegeneinander Ausspielen von dringenden Finanzierungen in den Kreisen und Städten lehnen wir ab und forcieren die konsequente Verpflichtung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

All dies ist nur möglich, wenn systemrelevante Bereiche in kommunaler Hand sind. Der Ausverkauf des kommunalen Tafelsilbers für einen kurzfristigen finanziellen Ausgleich hilft niemanden. **Die Linke** verweist darauf, dass beispielsweise die Erhöhung von Kitabeiträgen eine reale Lohnsenkung bedeutet. Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn finanziell schwächere Familien nicht schlechter an der sozialen Teilhabe gestellt sind.

Darüber hinaus haben Kommunen mit der Vergabe von Grundstücken, mittels einer aktiven Ansiedlungspolitik sowie gezielten Subventionen Einfluss, auf die Arbeitsbedingungen vor Ort. Als **Die Linke** stehen wir für tarifgebundene, mitbestimmende Arbeitsplätze und somit für gute Arbeitsbedingungen.

Wir fordern deshalb:

- Kommunalisierung der öffentlichen Gesundheitsvorsorge
- Firmen Kommunal in die Pflicht nehmen, damit sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden
- Aktive Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort
- Ausweitung bzw. Umwandlung der sogenannten „freiwilligen Leistung“ in „Pflichtleistungen“ für eine echte Armutsbekämpfung
- Konkrete Unterstützung von Hilfsorganisationen und Beratungsstellen
- Kommunalisierung von Krankenhäusern, des ÖPNV, der Energieanbieter und der Wasser- und Abwasserunternehmen
- Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an tariftreue Unternehmen
- Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge, die Steuertreue und Mitarbeiter*innenrechte einschließen

2. Für ökologische Kommunen

Die Klima- und soziale Gerechtigkeit sind für uns unteilbar miteinander verbunden. Auch in Zukunft sollen die Kommunen für die Bürger*innen in den Städten und dem Land attraktive und lebenswerte Orte sein. Hierzu bedarf es unter anderem der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sowie dem Schutz von Mensch und Tier vor Hitze- und Dürrewellen. Hierzu bedarf es mehr unversiegelter Flächen, eine aktive Begrünung der Städte sowie einer artenvielfältigeren Landwirtschaft und Mischbewaldung auf dem Land.

Für eine lebenswerte Zukunft brauchen wir klimaneutrale Kommunen und das bis spätestens 2035. Hierfür ist neben der Energiewende auch eine Wärme- und Mobilitätswende notwendig. Kommunale Einrichtungen sollen dabei den Bürger*innen Vorbild sein und alle Gebäude mit Photovoltaik ausgestattet und entsprechend gedämmt sein. Es bedarf dazu in den Kommunen Klima-Manager*innen sowie einen Plan zur Entsiegelung von Flächen, damit der Flächenverbrauch auf Netto-Null gesenkt wird.

Wir fordern deshalb:

- Klimaneutrale Kommunen bis 2035
- Förderung von Fassaden- und Dachbegrünung
- Das Parks, innerörtliche Frei- und Grünflächen für Menschen, Tiere und Insekten aufwerten
- Nachverdichtung statt zusätzliche Flächenversiegelung
- Aktive Unterstützung von Bürger*innenenergiegenossenschaften vor Ort

- Ausweisung kommunaler Flächen für Solar-, Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Auf- und Ausbau kommunaler Wärmenetze
- Umstellung der kommunalen Fuhrparks auf E-Mobilität
- Förderung eines ökologischen Waldbaus sowie die Förderung und Erhalt des Waldes als Kohlenstoffspeicher
- Aufstellen von Katastrophenschutzplänen für Starkregen- und Hochwasserereignisse sowie Hitze- bzw. Dürrewellen.
- ökologischer und nachhaltiger kommunaler Wohnungsbau

3. Für bezahlbares Wohnen

Zurzeit spielt es für Immobilienkonzerne und Miethaie keine Rolle wer regiert. Die Förderungen und Geschenke für sie sind stets üppig. Jedoch geht vielerorts das Wohnungsangebot völlig an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Während die Reallöhne von der Inflation aufgeessen werden, steigen die Mieten seit Jahren unaufhaltsam an.

Die Linke steht konsequent an der Seite der Mieter*innen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Mit Menschenrechte dürfen keine Profite gemacht werden.

Deshalb fordern wir:

- konsequenten Ausbau des kommunalen Wohnungsbaus
- Vergesellschaftung und (Re-)Kommunalisierung großer Immobilienkonzerne
- Festlegung bindender Sozialbauquoten
- kommunale Gestaltungsspielräume mittels Flächennutzungs- und Bebauungsplänen konsequent nutzen
- Förderung und Finanzierung von günstigem Wohnraum für alle Menschen in Ausbildung

4. Für mehr Bewegungsfreiheit- Mobilität in Stadt und Land

Die Frage der Mobilität ist von grundlegender sozialer Bedeutung und bestimmt das Leben vieler Menschen. In besonderer Weise das Leben der Menschen, die auf dem Land leben bzw. zwischen Stadt und Land pendeln. Vor allem auf dem Land wird der öffentliche Nahverkehr stark vernachlässigt. Meist fahren dort nur selten Bussen und Bahnen oder es gibt gar keine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Gleichzeitig sind Preise für Fahrkarten sehr hoch. Dies führt dazu, dass die Menschen in der Wahl ihrer Mobilität stark eingeschränkt und stets auf ein Auto angewiesen sind. Ohne ein Auto sind sie so von sozialer und kultureller Teilhabe meist abgeschnitten. Dieser Zustand hat gleichzeitig negativen Auswirkungen auf das Klima und die Luftqualität in Stadt und Land sowie auf die soziale Teilhabe und das Wohlbefinden der Menschen. Deshalb ist es dringend erforderlich, einen flächendeckenden attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle zu schaffen, denn Mobilität und Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Wir fordern deshalb:

- Stärkeren Ausbau von Fuß- und Radwegen
- Schaffung eines Radschnellwegenetzes
- Einen attraktiven kostenfreien öffentlichen Nahverkehr: Ein Verkehrsverbund für ganz Rheinland-Pfalz
- Digitale Verknüpfung aller Nahverkehrs- und Mobilitätsangebote in einer App
- Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum zwischen 6 und 22 Uhr
- Reduzierung des Durchgangsverkehrs in Wohngebieten
- Förderung von Ladepunkten für Elektrofahrzeuge
- Förderung von dezentralen E-Carsharing-Angeboten
- Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken

5. Für ein friedliches Rheinland-Pfalz

Frieden ist die Grundvoraussetzung für das Gelingen menschlichen Zusammenlebens, denn allein mit sozialer Gerechtigkeit ist noch kein Frieden gestiftet. Die Militarisierung Deutschlands zeigt sich auch in vielen Kommunen Rheinland-Pfalz'. Kaiserslautern, Ramstein, Büchel und Spangdahlem sind die großen Militär-Standorte Rheinland-Pfalz'. Wir setzen uns auch auf kommunaler Ebene konsequent für den Frieden ein. Das Grundrecht auf Asyl ist für uns unumstößlich, deswegen setzen wir uns für ein dauerhaftes Bleibrecht und eine dezentrale Unterbringung von die Geflüchteten in den Kommunen ein.

Wir fordern deshalb:

- konsequentes Werbeverbot der Bundeswehr in den und um die Schulen
- verpflichtende Schulbesuche von Konzentrationslagern, als Bestandteil einer aktiven und mahnenden Erinnerungs- und Gedenkkultur – Nie wieder ist jetzt!
- Konversionsprojekte von Militärstandorten

6. Für Teilhabe auf allen Ebenen

Vor allem auf kommunaler Ebene sind wir als Gesellschaft verpflichtet, die Teilhabe auf allen Ebenen zu ermöglichen. Wir fordern deshalb die konsequente Umsetzung und Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention, der Bundes- und Landesteilhabegesetze und der damit verbundenen Rechte von Menschen mit Behinderung. Inklusive Strukturen und eine inklusive Gesellschaft kommt allen Menschen zugute.

Für uns bedeutet Teilhabe auch, dass Menschen nicht aufgrund ihres Einkommens oder ihrer Wohnsituation benachteiligt werden. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass Menschen mit keinem oder nur geringen Einkommen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und nicht weiter an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden.

Wir fordern deshalb:

- Öffentliche Räume barrierefrei gestalten
- Barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der Verwaltung
- Mehr barrierefreie Wohnungen zu bezahlbaren Mieten

- Den öffentlichen Raum für Veranstaltungen der Begegnung und des Zusammenlebens öffnen
- Mehr öffentliche behindertengerechte Toiletten – Projekt „Toilette für alle“
- Öffentliche Beschilderungen inklusive Gestalten – One Sign for all
- Förderung von Stadtteilcafés als Treffpunkte ohne Konsumzwang
- Förderung von Vereinen mit inklusivem Charakter
- Kostenlose oder -günstige öffentliche Versammlungsstätten

7. Für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Für uns steht fest: Gesundheit ist keine Ware! Jeder Mensch hat das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege. Dazu bedarf es mehr Personal, einer besseren Bezahlung und einem Gesundheitssystem, das sich am medizinischen und pflegerischen Bedarf orientiert!

Die Wirklichkeit ist jedoch eine andere, seit Jahren wird das öffentliche Gesundheitswesen im Interesse privater Profite ausgehöhlt. Eine Zwei-Klassen-Medizin ist schon längst Alltag. Dabei hat gerade die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig ein ausfinanziertes, krisensicheres und für alle zugängliche Gesundheitssystem ist. Stattdessen steigen die Belastungen der im Gesundheitswesen Beschäftigten unaufhaltsam und immer öfter bringen diese zu Recht ihren Unmut darüber auf die Straße. Zudem haben viele Menschen keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung. Die Gründe dafür sind vielfältig, eine fehlende Krankenversicherung, viel zu weite Wege oder weil sie schlicht keine Termine bei Ärzt*innen bekommen. Gleichzeitig sollen Standorte von Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz ersatzlos geschlossen werden. Das ist mit uns nicht zu machen – Gesundheit ist keine Ware!

Wir fordern deshalb:

- die aktive Unterstützung der Forderungen der im Gesundheitswesen Beschäftigten und die Beseitigung des Pflegenotstandes
- keine ersatzlosen Krankenhausschließungen
- Flächendeckender Einsatz von Gemeindeschwestern
- Anreize für die Ansiedelung von Ärzt*innen auf dem Land
- die Einführung von anonymen Behandlungsscheinen
- elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete
- die Anerkennung und Bezahlung ehrenamtliche Helfer*innen auf kommunaler Ebene

8. Für eine vielfältige Kultur

Kultur ist kein Luxus, sondern zentral für Demokratie und gutes Leben. Sie ist ein fester ein Bestandteil des täglichen Lebens. Sie hat eine soziale Integrationsfunktion und ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs. Um kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen, müssen die Kulturretats krisenfest gestaltet werden. Das bedeutet sie müssen raus aus den „freiwilligen Leistungen“ und als kommunale Pflichtaufgabe gelten. Als **die Linke** setzen wir uns für eine „Kultur für all“ ein. Um Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt zu stärken, muss die Kulturförderung weiterentwickelt werden. Vielfalt im Kulturbereich nutzt allen, sie ermöglicht neue Perspektiven und neue Besucher*innen. Dazu braucht es partizipative Freiräume für Kinder und Jugendliche wie soziokulturelle Zentren, urbane Clubkultur, Vereinskultur, kommunale Kinos

und Theater, Orchester. Wir brauchen Orte kultureller Bildung, Bibliotheken ebenso wie Räume für experimentelle Künste, museale Einrichtungen und eine lebendige Gedenkkultur.

Wir fordern deshalb:

- kommunale Kulturentwicklungspläne
- eine umfangreiche und gleichberechtigte Förderung der institutionellen und der freien Kulturszene
- selbstbestimmte Räume für Jugendliche sowie selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren
- freien Eintritt in kommunale Museen und Kulturdenkmäler
- Schwimmbäder und Sportanlagen fördern
- Herabsetzung der Hürden für Feste, Brauchtumsveranstaltungen und Umzüge in den Dörfern

9. Für gerechte und gute Bildung – lebenslang

Bildung ist keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie beeinflusst maßgeblich den Weg, den Menschen im Leben gehen, und darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen. Sie muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Gebot der Stunde. Allen Menschen muss lebenslanges Lernen möglich sein. Sport verbindet und soll daher allen ermöglicht werden. Kindertagesstätten und Schulen müssen allen Kindern und Jugendlichen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen und würdige motivierende Lern- und Lebensorte sein. Stattdessen bezeugen unzureichende und stinkende Toilettenanlagen, lieblos gestaltete Schulhöfe, eindringender Regen, Nässeschäden, Schimmelbildung, fehlende Barrierefreiheit sowie der permanente Raummangel die jahrzehntelange Vernachlässigung der Instandhaltungs- und Sanierungspflichten in vielen Kommunen. Die dringend notwendige Schulsozialarbeit an allen Schulen muss dringend umgesetzt und ausgebaut werden. Für uns gilt, dass alle Kinder und Jugendlichen die Förderung erhalten die sie brauchen - egal an welcher Schule. Inklusion beginnt im Kleinen. Abschulung und Sitzenbleiben sind veraltete Konzepte und einem modernen Bildungsverständnis nicht würdig. Jede Schule wird inklusiv!

Kinderarmut zeigt sich meist in einem Mangel an gesunder Ernährung. Hunger in der Schule behindert erfolgreiches Lernen. Kinder ohne ausreichendes Frühstück und Mittagessen sind benachteiligt. Inklusive Schulen bieten eine kostenlose Schulverpflegung für alle Schüler*innen an sowie eine qualitativ hochwertige ganztägige Förderung und Betreuung in Schulen und Horten.

Das Recht auf gute und gerechte Bildung gilt lebenslang! Von der Kita bis ins Senior*innenalter müssen die Kommunen inklusive und gute Bildungsangebote anbieten!

Wir fordern deshalb:

- Konsequente Sanierung der Schulen und -anlagen
- Schulsozialarbeit an allen Schulen
- Kostenlose ganztägige Verpflegung für alle Schüler*innen
- Verpflichtende (kostenlose) Schulbuchausleihe für alle Schüler*innen
- Chancengerechtigkeit herstellen - inklusive Schulen
- ganztägige bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Förderung

10. Für echten Feminismus

Frauen* leisten immer noch den größten Teil der Sorgearbeit, sind in politischen Gremien unterrepräsentiert und jede dritte Frau erfährt mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und / oder sexualisierte Gewalt. So darf es unserer Ansicht nach nicht bleiben. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten gemeinschaftlich organisieren. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die Geschlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Wir wollen „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für die Bedürfnisse der Bewohner*innen bieten.

Wir fordern deshalb:

- Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer Beratung, günstigem Essen, Kitas, Pflege- und Gesundheitsangeboten zu starten
- Zugang zu Bildung und Kinderbetreuung: Schaffung von bezahlbaren Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuungsdiensten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen*: Erhöhung der Ressourcen für Opfer häuslicher Gewalt und sexueller Übergriffe, um Frauen* zu schützen und zu unterstützen.
- Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Bedarfsgerechte Finanzierung von Frauen- und Kinderhäusern sowie Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen*
- Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung ausbauen, Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern erhalten.
- Kulturelle Veränderungen: Förderung von Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, um Geschlechterstereotypen abzubauen und ein Bewusstsein für feministische Anliegen zu schaffen.
- eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter (gender mainstreaming)
- Gleichstellung: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen kommunalen Institutionen und politischen Gremien, um sicherzustellen, dass Frauen* angemessen vertreten sind.
- Wohnraum: Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, um Wohnungslosigkeit und Wohnungsunsicherheit bei Frauen* zu bekämpfen.
- Sicherheitsaspekte in der Stadtplanung mitdenken (breite Gehwege, gute Beleuchtung)
Flächendeckend saubere und barrierefreie öffentliche Toiletten, die auch mit einem Kinderwagen begehbar sind und Wickelmöglichkeiten bieten.

11. Für einen gelebten Antifaschismus

Antifaschismus ist gelebte Demokratie. Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und eine allgemeine Ideologie der Ungleichheit der Menschen sind das Kennzeichen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen. Rassismus und Antisemitismus wurzeln tief in der Mitte der Gesellschaft. Dem setzen wir als **die Linke** einen emanzipatorischen und kämpferischen Antifaschismus entgegen. Als **die Linke** verstehen wir uns selbstverständlich nicht nur als aktive Kraft gegen Rechts, sondern auch als Partnerin der

örtlichen antifaschistischen Strukturen in den Räten und Parlamenten. Neben der wichtigen Netzwerkarbeit, bestärken wir hier die Tradition, dass Faschismus auf allen Ebenen bekämpft werden muss.

Dabei sehen wir uns als verlässliche und starke Partnerin in und von Bündnissen der aktiven NGOs. Gleichzeitig stellen wir jedoch allzu oft fest, dass wir im Parteienspektrum alleine standhaft dafür eintreten. In vielen Kreisen und Städten, wird die extreme Rechte schon Partnerin, zur Mehrheitsgewinnung von Parteien mit einbezogen und somit fahrlässig normalisiert. Wir lehnen dies entschieden ab. Wehret den Anfängen ist aus der historischen Verantwortung heraus dazu die einzige Haltung! Nie wieder ist jetzt!

Gleichzeitig erkennen wir das Problem, dass in Rheinland-Pfalz jenseits Städte, viele Kreise hierin alleingelassen werden. Dies wollen wir auch kommunalpolitisch lösen und eine kreisübergreifende Solidarität leben.

SIAMO TUTTI ANTIFASCISTI!

Wir fordern deshalb:

- Aktive antifaschistische Grundhaltung mit konsequenter Arbeit gegen rechtsextreme Positionen
- Eine aktive Erinnerungskultur an die Opfer des Nationalsozialismus
- Förderprojekte zur (Rechts-)Extremismus Prävention vor Ort
- Förderung der Recherche-Arbeit von rechten Strukturen und eine lückenlose Veröffentlichung
- Kampf gegen institutionellen Rassismus und Rechtsextremismus in Behörden
- Konsequenter Schutz aller vulnerablen Gruppen gegen Hass und Hetze
- Völlige demokratische Delegitimierung der extrem Rechten

Kandidaturen

Kandidaturen zum Landesparteitag für den Landesvorstand, die Schiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission.

Kandidatur Landesvorstand Beisitzer*in

Julia-C. Stange

- 45 Jahre
- Fachkinderkrankenschwester/Personalrätin
an der Universitätsmedizin Mainz
- ver.di Aktive
- Redaktionsmitglied der Fachbereichszeitung
„mittendrin“
- Sprecherin des Bündnis Pflege.Auf.Stand RLP
- 2 Kinder



Liebe Genossinnen und Genossen,

Heute wird von „Zeitenwende“ und von „Transformation“ gesprochen. Und wir hören auch noch andere großartige Worte wie „strukturelle Anpassung“, gerade jetzt bei der Schließung von Krankenhäusern. Fachkräfte fehlen – die wichtigen Leute für die wichtigen Jobs! Die, die den Laden am Laufen halten - im öffentlichen Dienst, in den Ländern und Kommunen. Wir sind wichtig für eine sichere, gerechte und soziale Zukunft und dafür braucht es jetzt einen starken Schulterschluss.

Die zunehmende Belastung und deutliche Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen, der neoliberale Umbau des Sozialstaats, die Ökonomisierung und zunehmende Profitorientierung, die auch im Gesundheits- und Sozialwesen Einzug gehalten hat, braucht eine starke, eine systemkritische und soziale Antwort – von uns.

Ich bin Fachkinderkrankenschwester und Mama von zwei Kindern. Es gibt für jeden von uns Gründe genug aktiv zu werden oder zu sein und Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört für mich auch eine klare Haltung gegen den zunehmenden Rechtsruck, denn mit Hinsehen und Wahrnehmung beginnt die Verantwortung. Ich möchte in einer starken und demokratischen Gesellschaft leben. Dafür brauchen wir eine starke Basis. Dafür braucht es wieder mehr unser Bewusstsein für einen gemeinsamen Kampf. Es geht um die Zukunftsaussichten dieses Landes und unseres Lebens. Das ist meine Motivation für den Landesvorstand von Die Linke in Rheinland-Pfalz zu kandidieren.

Wer die Welt verändern will, der muss sie erkennen heißt es. Zukunft muss aktiv gestaltet werden und wenn nicht jetzt - wann dann. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit, einen klugen Austausch, zukunftsweisende Anträge und Inhalte, die nach vorne gestellt werden.

Wenn ihr Fragen zu meinen Vorstellungen zum Wirken im Landesvorstand habt, schreibt mich gerne an unter jcstange2010@gmail.com . Solidarische Grüße.